



Marlene Mortler

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AG ELF) der CSU

Presseerklärung

Pressekontakt:

Sarah Schöffler
Tel.: +49 9123 999 00 51

schoeffler@marlenemortler.eu

Marlene Mortler MdEP
EUROPÄISCHES PARLAMENT
BRU – ASP 14 E 116
Rue Wiertz 60 | B-1047 Brüssel
Tel.: +32 2 28 473 12

marlene.mortler@europarl.europa.eu

Bürgerbüro LAUF

Briver Allee 1
91207 Lauf a.d.Pegnitz
Tel.: +49 9123 999 00 51

Bürgerbüro ROTH

Kugelbühlstraße 9
91154 Roth
Tel. +49 9171 1377
Fax. +49 9171 87 003

mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Gleiche Wettbewerbsbedingungen statt zweierlei Maßstäbe

Mercosur-Abkommen stößt auf große Ablehnung

Brüssel, 19.11.2019. In der gestrigen Anhörung im AGRI-Ausschuss des Europäischen Parlaments diskutierten die Abgeordneten das Mercosur-Abkommen mit Fachleuten verschiedener Interessenverbände. Hierzu erklärt die Agrar- und Ernährungspolitikerin der CSU im Europäischen Parlament, Marlene Mortler MdEP:

„Diese Doppelzüngigkeit muss ein Ende haben! Wir können nicht immer höhere Anforderungen an unsere Landwirte stellen, aber gleichzeitig ein Handelsabkommen abschließen, durch das landwirtschaftliche Produkte freien Marktzugang erhalten, die diese Auflagen nicht erfüllen müssen und auch nicht können. Das führt nicht nur zu einem unfairen Wettbewerb gegenüber den europäischen Landwirten. Vielmehr ist es ein Schlag ins Gesicht derer, die sich tagtäglich unermüdlich dafür einsetzen, die Bewirtschaftung ihrer Agrarflächen noch nachhaltiger und ihre Viehhaltung noch tierfreundlicher zu gestalten“, erklärt Mortler.

„Viele unserer Landwirte haben es ohnehin schon schwer, sich am Markt zu behaupten, gerade unsere kleinbäuerlichen Betriebe. Das Mercosur-Abkommen wird die Preise für bestimmte landwirtschaftliche Produkte in Europa noch weiter nach unten drücken. Darüber sind sich auch alle Fachleute aus der Anhörung einig. Wer einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in der EU das Wort redet, muss in der Praxis überzeugen und nicht auf dem Papier. Das bedeutet: strikte und klare Vorgaben, die von beiden Seiten einzuhalten sind – und bei Verstößen auch entsprechend sanktioniert werden“, so die Agrar- und Ernährungspolitikerin weiter.

Hintergrund

Das im Juni 2019 von der EU-Kommission ausgehandelte Freihandelsabkommen mit den vier Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) sieht eine weitreichende Liberalisierung des Warenhandels für 92 Prozent aller Güter der Mercosur-Staaten vor. Der erleichterte Marktzugang trifft besonders landwirtschaftliche Produkte in der EU. Im Fokus der Kritik stehen vor allem die hohen europäischen Standards für Umweltschutz, Tierwohl und soziale Standards, die einerseits die europäischen Landwirte stemmen müssen, aber andererseits nicht von den Produzenten der Mercosur-Staaten eingehalten werden können.